

31.07.2009

CDU–Führung mit dem Rücken zur Wand

Kooperation CDU / Grüne vor dem Aus?

Bruchköbel.- Mit großem Bedauern nimmt der Bruchköbeler BürgerBund (BBB) zur Kenntnis, dass insbesondere die CDU weiterhin von einer sachorientierten Politik meilenweit entfernt ist. Nachdem die CDU innerhalb weniger Monate allein bei der Biogasanlage zwei Kehrtwendungen vollzogen hatte, äußerten sich alle politischen Gruppierungen im Bruchköbeler Stadtparlament sehr kritisch zum Kurs der CDU und deren Bürgermeister Maibach. „Politik mit zitternden Knien, handlungsunfähig, handwerkliche Fehler und wiederholtes Einknicken“ sind nur einige Aussagen zum politischen Konkurrenten.

Als Antwort veranstaltete die CDU unter ihrem Pressesprecher Rehbein nun einen Rundumschlag gegen alle anderen Parteien und die freie Wählervereinigung des BBB. Hierfür gebe es nur eine Erklärung: Die CDU stehe insbesondere nach dem Debakel mit der Biogasanlage mit dem Rücken zur Wand. „In einem Planungsverfahren innerhalb kurzer Zeit zweimal umzufallen, ist ja auch ein starkes Stück, das erst einmal verkraftet werden muss. Somit könnte die CDU als Umfaller-Partei des Jahres bezeichnet werden. Dennoch können die Bürgerinnen und Bürger Bruchköbels froh sein, dass die CDU letztlich immerhin noch auf die richtige Seite gefallen ist“, so der BBB-Vorsitzende Joachim Rechholz.

Aufgrund der gegenseitigen Attacken von CDU und Grünen stelle sich auch die Frage nach der weiteren Kooperation dieser beiden Parteien. Offensichtlich sei das vom damaligen Verhandlungsführer der CDU, Maibach, gewollte Bündnis gescheitert.

Um von der eigenen Unzulänglichkeit abzulenken, präge die CDU dann auf alle anderen politischen Gruppierungen ein. Besonders schlimm und unsachlich erweise es diesmal die FDP, deren Fraktionsvorsitzender persönlich diffamiert werde, der - wie immer aus der Luft gegriffen – eine Hetzkampagne unterstellt werde und die abschließend mit politischem Liebesentzug bedroht werde, weil sie sich „eindeutig zum politischen Gegner aller anderen Parteien erklärt“ habe.

Besonders dreist seien auch die Aussagen der CDU gegenüber dem BBB. Die Behauptung der CDU, der BBB „stempele die Roßdorfer Bürger als unwissend, ratlos und hilflos ab“, sei frei erfunden und finde in den Äußerungen des BBB keinerlei Grundlage, es handele sich also um eine sogenannte Propagandalüge seitens der CDU. Die von der CDU angesprochene BBB-Pressemeldung ist natürlich im Internet einzusehen (www.bruchkoebeler-buergerbund.de). Diese ist überschrieben: „Sieg der Roßdorfer Bürger“; weiter heißt es u.a.: „Das Aufbegehren einer überwältigenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern gegen den unsinnigen Standort der Industrieanlage war also erfolgreich. Der BBB habe dann auch zusammen mit der FDP die Bürgerinitiative mit Anträgen in der Stadtverordnetenversammlung unterstützt.“ Also genau das Gegenteil der CDU-Behauptungen sei richtig. „Der BBB nimmt die Anliegen der Menschen ernst und berücksichtigt diese in seinen Entscheidungen. Genau dies haben wir hinsichtlich der Biogasanlage getan. Bei uns ist die Aussage „Der Mensch im Mittelpunkt“ nicht nur eine Worthülse, sondern gelebte Realität“, so der stellv. Vorsitzende Johannes Haas. Es sei unverständlich, wieso die CDU nicht wenigstens versuche, sich politisch zu besinnen und wieder einen klaren Kopf für die Sache zu bekommen. Schließlich habe sie ja zusammen mit BBB und FDP das Aus für die Biogasanlage beschlossen; ihre verbalen Ausfälligkeiten deswegen fielen also auf sie selbst zurück.

Auch wenn die Biogasanlage erst einmal vom Tisch sei, gäben aber offenbar zumindest Teile der SPD nicht auf. Denn nachdem die SPD-Fraktion beim Aus für die Biogasanlage keine klare Haltung eingenommen habe, solle laut aktueller Pressemitteilung ihrer Jugendorganisation das „Projekt Biogasanlage zum Kommunalwahlkampf 2011 neu gestartete“ werden. „Der BBB wird hingegen auch künftig an der Seite der Bürgerinnen und Bürger stehen und im Stadtparlament gegen eine Biogas-Industrieanlage Stellung beziehen. Dass dies notwendig ist, zeigen vor allem die aktuellen Erklärungen seitens der SPD, aber auch der Grünen“, so der Fraktionsvorsitzende Alexander Rabold abschließend.